



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

54 (1.2.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183683](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183683)

geschafft die abtendende Stelle ist eingezogen und neue Besetzung erreichen den Verlaub er nicht mehr.

Diese Verhältnisse bergen schwere Gefahren. Die Zeiten sind viel zu ernst, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere durch Postkarte ihrer Dienststelle — oder wenn sie nach Auflösung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Friedensstelle noch nicht kennen, ihrem früheren Friedens-Generalkommando — Wohnort und gegebenenfalls Urlaubsdauer zu melden.

Diese Dienststellen kürzen den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder bestätigen ihn. Wer bis zum 28. Februar 1919 keine Bestätigung erhalten hat, kehrt zu seiner jetzt zuständigen Dienststelle zurück.

Jeder nicht aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt und jeder aus besonderen Umständen vorübergehend dienstfreie Offizier hat seine Kriegserfahrung in einem gründlichen Bericht niederyulegen und diesen unter deutlicher Namens- und kurzer Inhaltsangabe dem Generalstabe des Feldheeres — Kriegsgeschichtlichen Abteilung — einzuwandeln.

Die Generalkommandos haben sich mit allen Mitteln Heberacht über den Bestand an Offizieren ihrer Formationen und Truppen zu verschaffen, Knädelche im eigenen Bereiche vorzunehmen und entbehrliche Offiziere summarisch, getrennt nach Dienstgraden, dem Kriegsministerium (Personalamt) für den Osten anzubieten. Die bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere sind mit den Unteroffizieren und zurückgehaltenen Mannschaften zu einem Verbande zusammenzufassen, in dem die weitere Ausbildung mit allem Nachdruck zu betreiben ist. Hierdurch wird es möglich sein, für die später einzuwehenden Wehrpflichtigen ein geeignetes Lehrpersonal zu schaffen. Ganz besonderer Wert ist auf Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Mannschafteinsatzes zu legen.

Da die beruflichen Verhältnisse sehr verschiedenartig sind, ist die Art und Weise, wie dieser Forderung entsprochen wird, den Kommandeuren der Truppenteile zu überlassen.

Neben der Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere im militärischen Dienst ist auch die Ausbildung der Kapitulanten in auserdienstlichen Fächern als Vorbereitung auf ihren späteren Zivilberuf zu fördern; da besondere Mittel hierfür vorläufig nicht bereitgestellt werden können, sind alle verfügbaren Lehrkräfte und Lehrmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe heranzuziehen.

Vom deutschen Offiziersbund.

(-) Heidelberg, 1. Februar. (Priv.-Tel.) Der deutsche Offiziersbund Ortsgruppe Heidelberg konstituierte sich gestern Abend endgültig. Zum ersten Vorsitzenden wurde Hauptmann Mathy gewählt. Die Ortsgruppe landete eine Entschliessung an die badische vorläufige Volksregierung, in der gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen durch die Entente scharfsten Protest eingelegt wurde.

Deutsches Reich.

Bestrebungen für eine linksrheinische Republik.

□ Berlin, 1. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Der württembergische Reichstagsabgeordnete Dr. Winter hat eine Veranlassung linksrheinischer, im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten einberufen. Es soll sich dabei um die Gründung einer linksrheinischen Republik handeln. Falls sich diese Nachricht bewahrheitet, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich im linksrheinischen Gebiet selbst ein Sturm der Entrüstung gegen jede Lockerung des Reichsgebietes erheben wird. Das die Entente, namentlich französische Imperialisten, eine linksrheinische Republik mit allen Kräften fördert, ist bekannt. Eben darum sollte aber auch jeder richtig Fühlende sich die größte Zurückhaltung auferlegen und die Bildung einer linksrheinischen Republik während der Besetzung durch die feindlichen Truppen nicht zur Erwägung stellen.

Die Schäden der Spartakuswoche.

□ Berlin, 1. Febr. (Von unj. Berl. Büro.) Der Magistrat von Berlin hat in einer gestrigen Erklärung einen Ersatz für die Schäden der Spartakuswoche abgelehnt. Nach einer ungefähren Schätzung dürfte sich der Gesamtschaden auf wenigstens 8 Millionen Mark belaufen. Es ist aber auch möglich, daß sich die Summe bis auf 10 Millionen Mark erhöht.

Bayerische Lebensmittelkontrollen verprügelt.

□ München, 1. Februar. (Priv.-Tel.) Beamte des bayerischen Kriegswuchteramtes München, die in Niederbayern eine Kontrolle ausüben wollten, wurden von den Bauern auf dem Wochenmarkt in Deggendorf hart belästigt. Die Beamten mußten bei Ausübung ihrer Tätigkeit flüchten, aber die Menge eilte ihnen nach und forderte die Beamten auf, die Stadt sofort zu verlassen. Als die Beamten durch einen rückwärtigen Ausgang des Hofes, in dem sie sich befanden, eine Seitenstraße erreichten, wurden sie von der bäuerlichen Bevölkerung ergriffen und schwer verprügelt. Das Bezirkskommando mußte schließlich militärische Hilfe stellen, jedoch wurden einigen Soldaten von den erregten Bauern die Gewehre abgenommen und zertrümmert.

Auch in der niederbayerischen Stadt Dingolfing gab es ähnliche Szenen. Die Beamten des Kriegswuchteramtes wurden aufgefordert, die Stadt freiwillig zu verlassen, andernfalls Gewalt angewendet werde. Das Hotel, in dem die Beamten wohnten, wollten die Bauern in Brand stecken. Schließlich zogen es die Beamten vor, nach München wieder abzuweichen.

Die frühere Königin von Bayern erkrankt.

□ München, 1. Febr. (Priv.-Tel.) Im Befinden der früheren Königin von Bayern ist eine erhebliche Verschlimmerung eingetreten, die das Schlimmste befürchten läßt. Die Mitglieder der königlichen Familie sind auf Schloss Wilhelmsruh eingetroffen. Bis gestern nachmittag war der Zustand der Königin unerschrocken ernst. Doch ist seit der letzten Nacht eine erhebliche Verschlechterung nicht eingetreten. Auch der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern und die herzogliche Familie von Ratibon sind am Krankenlager der Königin einetroffen.

Baden.

Lehrerzulagen für die badischen Staatsbeamten, Lehrer und Staatsarbeiter.

× Karlsruhe, 1. Febr. (Pr.-Tel.) Die vorläufige Volksregierung hat beschlossen, der Nationalversammlung sofort eine Vorlage zu unterbreiten, wonach den voll beschäftigten leitenden Beamten und Lehrern und den Staatsarbeitern unter denselben Voraussetzungen wie im September 1918 eine einmalige Teuerungszulage für den Monat Februar 1919 bewilligt wird. Der Betrag ist beim lau-

senden Gesamteinkommen, also einschließlich der bisherigen, laufenden Teuerungszulagen bis zu 4000 M. 500 M., bis zu 4250 M. 400 M., bis zu 4500 M. 300 M., bis zu 4750 M. 200 M., bis zu 5000 M. 100 M. Ledige Beamten in diesen Einkommenshöhen erhalten die Hälfte der bezeichneten Beträge. Für jedes Kind erhöhen sich die Beträge um 10 v. H. Zu Ruhe gesetzte Beamten sollen ebenfalls berücksichtigt werden.

Zur Ausbringung und Deckung des durch die Gewährung dieser Zulage entstandenen Aufwandes wird die Regierung der Nationalversammlung die Erhebung eines Nachtrages zur Einkommen- und Vermögenssteuer für 1919 vorschlagen. Außerdem soll nach dem Vorgehen der übrigen Bundesstaaten eine entsprechende Erhöhung der Personen- und Gütertarife vorgeschlagen werden. Die vorläufige Volksregierung wird sich dafür einlezen, daß die Vorlagen betr. der Zulage und des Steuernachtrages der Nationalversammlung sofort zugehen und von dieser sobald in Angriff genommen werden.

Neu: Interpellationen in der Nationalversammlung.

oc. Karlsruhe, 1. Febr. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurden mehrere von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellationen beantwortet. Diese betreffen die große Hungersnot im ganzen Lande, Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot durch Bereitstellung öffentlicher Gebäude (Kasernen), Verzug der Konsumgenossenschaften zur öffentlichen Bewirtschaftung, Gewinnung weiterer Kulturlandes durch Abholzung größerer Waldgebiete und Abgabe von überflüssigem Seeresgut. Weitere Interpellationen der sozialdemokratischen Fraktion bezogen sich auf die Einrichtung von Anstalten zur Sicherstellung der Ernährung und auf die Fortschaffung von Heeresgefangenen aus überfüllten Anstaltsbetrieben. — Weiter wurden von der Sozialdemokratie zwei kurze Anfragen eingebracht über den Stand der Sozialversicherung in Baden und über die Zulassung von Gemeinderäten aus dem Arbeiterstand.

Der Zusammenschluß aller Elektrizitätswerke in Baden.

oc. Karlsruhe, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der badischen Nationalversammlung wurde von dem Abg. W. Rasen (Dem.) u. Gen. folgende kurze Anfrage eingebracht:

„Ist die Regierung bereit, den durch die Wohnungsnot bedingten unerträglichen Zuständen des Mangels an elektrischer Energie für Licht und Kraft in Stadt und Land dadurch abzuwehren, daß zum Zweck der Stromerzeugung und der gleichmäßigen Versorgung des ganzen Landes mit elektrischer Energie 1. die bereits vorhandenen großen Wasserkraftwerke des Murgwesens und Kleinlaufensbunds durch eine Starkstromleitung miteinander verbunden werden und 2. daß der Ausbau der auf der Strecke Badst.-Konstanz noch vorhandenen Wasserkraftwerke sofort in Angriff genommen wird und somit die Grundlagen geschaffen werden für den Zusammenschluß aller bestehenden Elektrizitätswerke im Lande zum Zwecke einer rationellen Ausnützung derselben?“

Letzte Meldungen.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 31. Januar. (WB.) Die Premierminister und Minister des Auswärtigen der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs und Italiens sowie die Vertreter Spaniens sind gestern Nachmittag zusammengetreten. Die Delegierten der Großmächte die den interalliierten Ausschuss bilden, der demnächst nach Polen geht, berichteten über das Ergebnis ihrer Beratungen. Im Verlauf der Darlegungen der Vertreter Polens und der tschecho-slowakischen Republik über die Klugung des Industriebeckens von Teschen auf Grund der von Rouleus und Botha im Rahmen ihrer Kollegen abgegebenen Besätze, haben die alliierten Minister die Entsendung von alliierten Delegationen nach Teschen beschlossen, um den friedlichen Betrieb durch Herstellung eines Einvernehmens zwischen den Tschecho-Slowaken und den Polen zu sichern bis zur Regelung der Gebietsfrage durch die Friedenskonferenz. Die Delegierten hätten darauf eine Erklärung über die Anfassungen, Interessen und Rechte Rumaniens und Serbiens, Bratians und Moldau verlesen die rumänische Regierung die serbische Abordnung setzte sich aus Polisch, Westnisch und Trumisch zusammen. Die nächste Besprechung wurde auf Samstag nachmittag festgelegt.

Gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Stuttgart, 1. Febr. (WB.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Württembergischen Landesversammlung verlas Präsident Reil folgenden Protest gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes durch seine Feinde:

„Die verfassunggebende Landesversammlung als die aus freien Wahlen hervorgegangene Vertretung des württembergischen Volkes gibt den Gefühlen der tiefen Enttäuschung und der wachsenden Empörung Ausdruck, über die schmachvolle Behandlung, die das Deutsche Reich bei den Waffenstillstandsverhandlungen erfahren hat.“

„Im vollen Vertrauen auf die in den 14 Punkten des Wilsonschen Programmes niedergelegten Grundsätze, in denen ein dauerndes und friedliches Zusammenleben der Völker Leitgedanke und Ziel war, hat Deutschland um einen Waffenstillstand gebeten. Es hat alle ihm auferlegten Bedingungen, auch die drückendsten, erfüllt, soweit sie überhaupt erfüllbar waren. Trotzdem bringt jeder Tag neue Verschärfungen der Waffenstillstandsbedingungen und neue Uebergriffe des Feindes, die ebenso viele Verletzungen der Wilsonschen Grundsätze darstellen.“

„Wenn die Friedensbedingungen von dem gleichen Geiste des Gutes übermutes littet werden, so wäre dies eine nie zu tilgende Schmach auf den Namen großer Völker, eine Vernechtung der Gerechtigkeit und des guten Glaubens im Leben der Menschheit. Dann würde unser deutsches Land das Herrentum und unser Volk der Fronknechtschaft unserer Feinde sein. In sein Herz aber würde die furchtbare Saat des Volkshasses gesät, die neue Kämpfungen, neue Kriege und den Untergang europäischer Kultur notwendig erzeugen muß.“

„In dem Kampf um die drohende Vergewaltigung stellt sich die Landesversammlung und das württembergische Volk geschlossen hinter die Reichsregierung und die Nationalversammlung. Sie fordert beide auf, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, auf Freiheit und auf Eigenwirtschaft und geistiges Leben bei den Friedensverhandlungen mit allen Kräften zu verteidigen, die durch entscheidende Unterdrückung in einem großen Maße wahrgenommen werden können.“

„Die württembergische Landesversammlung ruft die Stimme der Ehrlichkeit der ganzen Welt für den versprochenen Frieden der Gerechtigkeit auf, dessen die gequälte Menschheit bedarf.“

Gegen die Verschöpfung der Soldatenräte.

□ München, 1. Febr. (Priv.-Tel.) In einer Soldatenratsung des Garnisonsrates in Ingolstadt legte der bayerische Minister für militärische Angelegenheiten bei Besprechung des Offiziersrates des Volksgenossenschafts der bayerischen Landes-soldatenräte, über den Staatspunkt der Regierung in Sachen der A- und S-Räte, Soldatenräte der Zukunft wird es nicht geben. Ein Soldatenrat aus 20- und 21-jährigen jun-

gen Leuten hat keine große politische Kompetenz zu erwarten, da ihnen jede Lebenserfahrung mangelt. Das Schicksal des Soldaten hängt von anderen Dingen, als an den Willkürherrschaft der Offiziere. Im Volksgenossenschafts-Bundesratsrat werden nicht die politischen Spiel getrieben, das man wünschen sollte, und es tritt nicht offiz. und klar zutage, was man eigentlich tun will. Man mag eine Staatsform einrichten, wie man will, ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit. Man mag politische Pflichten und Selbstpflicht auch in der Republik zeigen.

Lebensmittelverknüpfung für Arbeitsunwillige.

□ Berlin, 1. Febr. (Von unj. Berl. Büro.) Die die B. S. von zuverlässiger Seite erfährt, wird in den nächsten Tagen eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten erlassen, durch die die Verknüpfung der Lebensmittelration für Bildstreiter und solche Arbeitslose angeordnet wird, die sich weigern, eine ihnen angewiesene Beschäftigung anzunehmen. Die Verordnung wird mit dem Tode der Berufsunfähigkeit in Kraft treten und in den Ausführungsbestimmungen in einzelnen Fällen, bis zu welchem Grad die Lebensmittelration in jedem Falle gelüßt werden.

Rückkehr unserer Afrikaner.

□ Berlin, 1. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Auf der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 31. Januar ließ die englische Regierung mitteilen, daß das Schiff, das die deutschen Truppen aus Ostafrika zurückbringen soll, den Weg über das Kap der Guten Hoffnung nehmen wird. Das Schiff sei jedoch bereits so voll, daß die Hälfte der Expedition nicht aufgenommen werden konnte.

Zum Zustand auf der Paris-Lyoner Mittelmeerbahn.

Paris, 1. Februar. (WB.) Ein Bericht, welcher die neuesten Nachrichten in der Schweiz über den Zustand auf der Paris-Lyoner Mittelmeerbahn enthält, geht daraus hervor, daß nach einer Meldung der „Tribune de Lausanne“ bis auf weiteres kein Schiffgüter von der Schweiz nach Frankreich zur Verladung auf den Linien der Paris-Lyoner Mittelmeerbahn aufgegeben werden können.

Die neuen Steuerpläne.

□ München, 1. Februar. (Priv.-Tel.) Wie die Münchener Zeitung aus Berliner Quelle zuverlässig erfährt, trägt sich der Reichsfinanzsekretär Dr. Schiffer mit dem Gedanken, an den neuen Steuern in weitgehendem Maße auch die Gemeinden zu betreffen, um dadurch eine Erhöhung der Steuererträge zu erzielen. Der leitende Grundgedanke dabei ist, daß durch die Beteiligung der Gemeinden die Eintreibung der Steuern intensiver sein wird. Was die Art der neuen Steuern anbetrifft, so ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß eine Vermögensabgabe erfolgen wird, und daß eine sehr bedeutende Erhöhung der Einkommensteuern zu erwarten ist. Man spricht von einer Verdoppelung.

Welcher Zentralmehrpunkt der aus England kommenden Flüchtlinge.

Wesel, 31. Jan. (WB.) Nach einer Verfügung der Regierung ist die Stadt Wesel als Zentralmehrpunkt für die aus England kommenden Flüchtlinge bestimmt. Zur Unterbringung der Flüchtlinge ist eine Kaserne zur Verfügung gestellt worden. Ein zweiter Transport von 600 Personen, Frauen und Kinder, ist eingetroffen.

Nach Meldungen aus Rotterdam ist dort aus London die Meldung eingetroffen, daß zur Zeit die Einschiffung von 2000 bis 2200 deutschen Gefangenen erfolgt, die in aller nächster Zeit in Deutschland erwartet werden können. Diese Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin wird das Deutsche Kreuz wegen Aufnahme der gefangenen Deutschen unterstützen. Die Unterkommandantur stellt, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, Sonderzüge zum Abtransport der Gefangenen in ihre Heimat.

□ Berlin, 1. Febr. (Von unj. Berl. Büro.) In Berlin erhält sich andauernd das Gerücht, daß die Ehe des Kronprinzen geschieden werden soll.

□ Berlin, 1. Februar. (Von unserm Berliner Büro.) Die Deutsche demokratische Partei dürfte, wie man hört, anfangs März ihren ersten Parteitag abhalten.

Deesden, 31. Jan. (WB.) Zu Bundesratsbesprechungen sind ernannt: Die Volksbeauftragten Grabnauer, Rißler und Reubing. Die für die Republik Sachsen aufstehende Stimme vertritt bereits der früher zum Bundesrat bevollmächtigte Volksbeauftragte Schwarz.

Paris, 31. Jan. (WB.) Nach Schweizer Blättermeldungen werden die Tschechen auf der Friedenskonferenz Kolonialinteressen fordern.

Paris, 31. Jan. (WB.) Das amerikanische Landwirtschaftliche Departement schätzt, daß für den Getreideexport nach Europa, einschließlich Deutschland und Österreich, in diesem Jahre 728 Millionen Bushels nötig seien. Der Exportüberschuss der Getreide von 1919 würde auf 350-400 Millionen Bushels geschätzt.

Handel und Industrie.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 1. Februar. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:

	31.		1.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Konstantinopel	340.00	340.50	340.00	340.50
Holland 100 Gulden	218.00	218.50	218.00	218.50
Dänemark 100 Kronen	240.75	241.25	240.75	241.25
Schweden 100 Kronen	229.75	230.25	229.75	230.25
Norwegen 100 Kronen	171.75	172.25	171.75	172.25
Schweiz 100 Franken	51.45	51.55	51.20	51.30
Oest.-Ungarn 100 Kronen	152.—	153.—	152.—	153.—
Spanien	81.25	81.75	81.25	81.75
Bulgarien 100 Leva				
Helsingfors				

Frachtenmarkt in den Ruhrhäfen.

Amliche Notierungen der Schifferbüros zu Duisburg-Ruhrort Kohlenfrachten für 1000 kg.

Frachttätze am 28. Januar von den Häfen des Rhein-Herne-Kanals nach Koblenz 2.75 M.; Schlepplöhne am 29. Januar von den Rhein-Ruhr-Häfen nach Mainz-Gustavsburg: über 1000 t 2.40 M., unter 1000 t 2.40 M.; nach Mannheim: über 1000 t 2.80 M., unter 1000 t 4.— M.

Hafenverkehr zu Ludwigshafen a. Rh. im Monat Dezember 1918. Zu- und Abgang 41,960,3; zu Tal 2,550; zusammen 44,510; Abgang zu Berg 24; zu Tal 8,739; zusammen 33,771; Gesamtverkehr: 33,173 t.

Anstockung

durch die Mund- und Nasen-Infektion durch Grippe usw. verursacht, sind durch gleichmässige, Gebrauch von Chlorodont, Herrlich erfrischende Zahnpasta zur Erhaltung blendend weißer Zähne und Beseitigung von Zahnstein. Überall zu haben.

Ludwigshafen

Besorgungen und Geschäfte, einzeln und laufend, übernimmt zuverlässige Kaufmann. — Interessenten wollen unter M. W. 47 an die Geschäftsstelle dieses Blattes schreiben.

Vereinsnachrichten.

Arbeits-Fortbildungs-Verein in C. D. Da der am verflochtenen Montag...

Gefangsabteilung ihre Tätigkeit aufgenommen hat und das inzmischen auch ein Feuerhohr gegründet wurde...

Briefkasten.

Philipp R. Man stellt eine Mischung aus 2 Teilen Soda, 1 Teil...

tion werden, die Ihnen mitteilen wird, ob Annahme erfolgen kann...

Justus, der Kunstschmied.

Roman von Walter Schulte vom Brühl.

32

(Nachdruck verboten.)

(Kartlegema.)

„Geh mir, ich“, meinte der Barlow. „Ich lieg' ganz gut und mach' dir kein Leid.“

„Hierher, hierher!“ rief Justus, als sie näher kamen. „Hier liegt ein Leutnant und ein Unteroffizier.“

wichtige Rolle spielte. Sie haben lange warten müssen, aber wir haben alle Hände voll zu tun.“

Liederkrantz E. V. Mannheim.

Samstag, 8. Febr. 1919, abends 7 Uhr, im Musensaal des Rosengartens...

Mannheimer Turnerbund „Germania“

Grosse Eisenbahner-Versammlung

Karbid jede Menge

Stellungnahme zur Antwort der Regierung auf das Ultimatum vom 26. Januar 1919

LUISE WIRTH EMIL BECKER VERLOBTE

Wilhelmine Scheuing Will Fischer Verlobte

Ludwig Harter Elise Harter, geb. Galt

Margarete Pfetschmann Franz Köbele Verlobte

Todes-Anzeige. Am 30. Januar 1919 verschied nach längerem Leiden unser Angestellter, Herr Franz Michael Winzenhörlein

Theo Graber im Alter von 22 Jahren. Mannheim (C 4, 13) den 1. Februar 1919.

Grab-Denkmäler. Künstlerische Entwürfe. Ausführung in Muschelkalk, Marmor und Granit.

Carl Fr. Korwan Jr., Bildhauer. Erstes und ältestes Geschäft dieser Branche am Platze.

Guten Verdienst. Ich habe gute Preise erhalten ein jeder der Papier, Schreibstempel...

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste, welcher uns betroffen, sagen wir Allen tiefen Dank.

Möhneraugen. M. Hankh, N. 2. 128.

Verloren. Um Mittwoch abend schwarze Brieftasche mit Inhalt von Dampfbrot...

